

# Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

Verleger: 1424

Verleger: 29

Druck und Verlag von W. Sailer (Carl Sailer) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung: H. H. Schmidt, Nagold.

Wochenschriftliche Zeitung im Oberamtsbezirk Nagold. — Wochenschriftliche Zeitung im Oberamtsbezirk Nagold.

Die Wochenschriftliche Zeitung im Oberamtsbezirk Nagold. — Wochenschriftliche Zeitung im Oberamtsbezirk Nagold.

Telegraphen-Adressen:  
Nagold  
Stuttgart 1118

Nr. 252

Donnerstag den 28. Oktober 1920

94. Jahrgang

## Selbstvertrauen.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch hat das sicher erwartete Ergebnis gehabt: die Fleischpreise sind wieder eine Auslage. Da, wo gestern noch Rindfleisch und Gemiße verkauft wurden, um die Bedenken zu beseitigen, gibt es heute wieder verschiedene Fleischsorten. Es ist richtig, daß die Masse nicht 15-20 M für ein Pfund Fleisch anlegen kann. Allein zunächst darf nicht von schamloser Bewucherung gesprochen werden. Die Geldentwertung macht auch vor den Fleischpreisen nicht halt. Was vor 7 Jahren 1 M in Gold kostete, ist heute nicht unter 10 M in Papier zu haben. Rechnen wir weiter hinzu, daß tatsächlich eine echte Erzeugung eingetreten ist, — also nicht nur eine Geldentwertung — ferner, daß Steuern usw. an sich die Preise hinaufgetrieben haben, so entspricht der Fleischpreis leider unseren völlig zerstörten wirtschaftlichen Verhältnissen. Durch Zwangsmittel wird er sich nicht senken lassen, denn sonst sind morgen alle Fleischpreise wieder leer. Es kommt vielmehr darauf an, die Erzeugung an Vieh zu steigern. Aber auch das genügt nicht, wenn nicht auf der anderen Seite der Geldentwertung ein Riegel vorgeschoben wird. Dazu ist einwilligen wenig Aussicht vorhanden. Der Notenumlauf wächst von Woche zu Woche. Je mehr Papiergeld auf dem Markt kreist, desto geringer wird die Kaufkraft des Geldes. Sind nun die Vorgänge auf dem Fleischmarkt nach Aufhebung der Zwangswirtschaft dazu angetan, von einem Abbau der Zwangswirtschaft auf anderen Gebieten abzulehnen?

In der Brotverforgung behaupten die Bäcker, sie könnten besseres Brot herstellen, wenn der Getreidehandel freigegeben würde. Auch der Getreidehandel unterstützt das, indem er auf die Möglichkeit ausländischer Einfuhren hinweist. Wenn der Getreidepreis sich nicht mehr so hoch stellen kann, wie er sich bisher stellen konnte, so ist die Brotfrage nicht mehr so einfach zu lösen. Die Bäcker fürchten den freien Handel, deshalb wollen sie die Sicherung der Verforgung durch die Zwangswirtschaft nicht preisgeben. Hier zeigt sich eine der heillosen Fehlerquellen der Zwangswirtschaft. Sie untergräbt nicht nur das Selbstvertrauen, sie erzeugt auch zur wirtschaftlichen Sorglosigkeit, weil sich ja der Staat mit der Aufgabe befaßt hat, die Nahrungsmittel zu sichern und zu verteilen. Mit dem Selbstvertrauen schwindet nach und nach das Kraftbewußtsein. Wir wissen schließlich gar nicht mehr, was wir leisten können, weil jeder Wettbewerb überflüssig geworden ist. Für alles ist ja gesorgt. Wenn das Brot auch schlecht und knapp ist, so will reich der Verdienst ja. Daß sich der Verdienst durch Mehrarbeit steigern ließe, wird so gut wie gar nicht mehr beachtet. Wir haben das Selbstvertrauen wieder dringend notwendig, für den Einzelnen sowohl wie für das ganze Volk. Jeder muß sich zunächst auf sich selbst verlassen. Er muß das Gefühl haben, daß nur Selbsthilfe uns aus allen Not und Gefahren zu erlösen vermag. Mit dem Selbstvertrauen des Einzelnen steigert sich auch das des ganzen Volkes. Kein Volk ist groß und stark geworden, das feilsch vertritt und zweifelhaftig war. Der verlorene Krieg und seine Folgen können daher für uns ein Schicksal sein, wenn wir an der gewaltigen Aufgabe unserer Erneuerung unfähig geistigen, sittlichen und körperlichen Kräfte fähigen. Dabei darf keine amtliche Fürsorge dem Einzelnen die Sorge abnehmen, sich selbst durchzubringen. — Der Abbau der Zwangswirtschaft muß darum mutig fortgeführt werden.

## Der Bürgermeister von Cork.

Die Kunde von dem Tod des Bürgermeisters von Cork kommt nicht überraschend, so sehr sich auch die Öffentlichkeit allmählich daran gewöhnt hat, in dem Unbegreiflichen seines Todes beinahe eine Selbstverständlichkeit zu sehen. Am 12. August hat Terence Mac Swiney sich erschossen, dem Akt der Gewalt, den er in seiner Verhaftung erlitt, mit der moralischen Waffe selbstverleugter Hungerpein zu begegnen. Volle vierundsechzig Tage hat er die Konsequenzen seines durch die Beurteilung beständiger Entschlüsse heldenhaft getragen. Während zweier Monate galt die menschliche Teilnahme der ganzen Welt dem langsam verfallenden Leib des Gefangenen von Brighton Gaol. Zahlreiche Gesuche um Freilassung — nicht nur von irischer Seite — wurden an die Regierung von England gerichtet; Lloyd George blieb fest. Man rief die Krone an, von dem höchsten und schönsten Recht, das ihr zusteht, dem Recht der Gnade, Gebrauch zu machen; die Regierung, an die der König verfassungsgemäß die Entscheidung über diese Bitte verwies, weigerte sich, diesen Weg zu gehen. Es war ihr, wie Honor Lam in Parlament erklärte, nicht möglich, die Haltung jenes englischen Königs anzunehmen, der von einem Begnadeten sagte: er ist erschossen, sich zum Märtyrer zu machen, und ich bin gleichermäße erschossen, dies zu verhindern. Daher als die verhängende Gnade stand ihr der klare Buchstabe des Gesetzes. Selbst wenn die Schuldweise überzeugender gewesen wären — sie waren es nicht — wäre solche Unbegreiflichkeit ein Fehler und eine Torheit und mehr als dies, eine durch nichts zu entschuldigende Härte gewesen. Solch schmerzlicher Festhalten an Recht und Recht steht zudem einer

Regierung über an, die schwierig die Geleglichkeiten der englischen Polizeitruppen in Irland duidet und auf Interpellationen im Parlament nichts anderes zu sagen weiß, als daß sie die Ordnung wieder herstellen müsse. Daß Lloyd Georges Regierung sich so unnachgiebig zeigt, darf freilich nicht wundernehmen. Sie ist in ihren Entschlüssen gebunden an den Willen einer Parlamentsmehrheit, die in der irischen Frage wie in der Angelegenheit des Bergarbeiterstreiks in diesen Tagen die Rückständigkeit und Kurzsichtigkeit ihrer Denkwelt auf neue bewiesen hat. Die Halsstarrigkeit der Regierung ist nur zu begreifen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die jeder Verständigung mit den Iren abgeneigten Mitglieder um Carson ihr Handeln diktiert, wie sich Lloyd George in der Streikfrage den Interessen des Großunternehmens gelällig zeigen muß. Nichts kennzeichnet die Verblendung und zugleich die Gemütsroheit der Parlamentsmehrheit stärker als das tobende Gelächter, das sie anstimmte, als vor wenigen Tagen im Unterhaus ein Abgeordneter sich nach der Behandlung des Bürgermeisters von Cork erkundigte. Man kann wirklich mit gutem Grund sagen, daß das Verhalten des Parlaments und der Regierung nicht dem Willen des englischen Volkes entspreche.

Der Bürgermeister ist zum Märtyrer geworden. Sein stählerner Wille hat einen neuen Typus politischen Märtyrertums geschaffen, um den England niemand beneiden wird. Das Volk liebt Symbole. Der Kampf der Idee gegen brutale Gewalt, der sich in dem Martyrium von Brighton Gaol spiegelt, ist dem irischen Volk und all denen in England, die mit ihm fühlen, zu einem Sinnbild geworden für das durch die Ereignisse der Vergangenheit und Gegenwart geschaffene psychologische und politische Verhältnis Irlands zu England. Die Begegnung des Bürgermeisters hätte Regungen in der irischen Volksseele ausgelöst, die staatsmännisches Geschick in eine Kraftquelle politischer Erneuerung hätte überführen können. Sein Tod kann ein Ereignis von unabsehbarer politischer Tragweite sein.

## Tages-Kuriositäten.

### Vom Reichsbürgerrat.

Berlin, 27. Okt. In Berlin fanden Beratungen des Präsidiums des Reichsbürgerrats statt, in denen ausführliche Vorträge über die Frage der Sozialisierung des Rohlenbergbaus, über die deutsche Ölmarkt und über das Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften gehalten wurden. Einstimmig wurde zum Ausdruck gebracht, daß gegenüber der Kampfanfrage der radikal Sozialisten die Front der versorgungstreuen Bürger wesentlich verstärkt werden müsse. Es wurde jedoch einheitlich zum Ausdruck gebracht, daß ein Aufgehen der Bürgerbewegung in die Organisation Eiderich gar nicht in Betracht komme, wohl aber ein Zusammenarbeiten beider Organisationen soweit als möglich bei gemeinsamen Programmpunkten notwendig sei.

### Die Tätigkeit Eiderichs.

Berlin, 27. Okt. Dr. Eiderich hat gegen die Breslauer Polizeibehörde, die das Verbot seiner Versammlung erlassen hat, die Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben.

### Abberufung des französischen Gesandten aus München?

Nach einer Meldung der Berliner „Post“ soll der französische Gesandte in München demnächst abberufen werden. Die Münchener-Augsb. Abendztg. bemerkt dazu: „Wenn sich die Nachricht, die nicht unwahrscheinlich ist, bestätigt, so ist die Abberufung des Herrn Dard wohl als Anzeichen eines Wechsels der bisherigen französischen Politik gegenüber Bayern anzusehen.“

### Verhaftung eines Volksschullehrers wegen Aufforderung zur Waffengewalt.

München, 21. Okt. Heute vormittag ist in München der Volksschullehrer Kubel verhaftet worden. Er ist der Führer des linken Flügel der Münchner UWP und trat als solcher in Halle auf. Die Verhaftung erfolgte wegen einer blutigen Rede in einer Sektionsversammlung seiner Partei, worin er zur Anwendung von Waffengewalt aufrief und u. a. sagte, daß „auch Sozialisten geschlachtet“ werden müßten, wie in Russland, und daß Schridemann und Kossel nicht am Leben bleiben dürfen.

### Sachsens Verfassung.

Dresden, 27. Okt. Die sächsische Volkskammer nahm heute die neue endgültige Verfassung an. Sie schließt sich an die Bestimmungen der Reichsverfassung und der Verfassung der übrigen deutschen Länder an. Die Regierungsgeschäfte obliegen dem Ministerium, an dessen Spitze der Ministerpräsident steht. Die Zahl der Minister ist in der Verfassung nicht festgelegt. Sie werden vielmehr alljährlich durch den Staatshaushaltplan bestimmt. Der Landtag besteht aus 96 Mitgliedern und wird auf 4 Jahre gewählt. Die Bestimmungen über Auflösung des Landtags, über Volksbegehren, Volksentscheid sind die üblichen.

### Der selbigen Hoteldieb.

Berlin, 27. Okt. Die überaus dreisten Hoteldiebstähle, die in den letzten Tagen in drei der vornehmsten Hotels in der Nähe des Potsdamer Platzes verübt worden sind, haben

eine rasche Klärung gefunden. Der Dieb wurde ein Opfer seiner ungewöhnlichen Dreistigkeit. Nachdem er erst am Samstag bei dem Diebstahl in den Zimmern der früheren Königin von Württemberg beladene gestellt worden war, unternahm er gestern den Versuch, im gleichen Hotel einen anderen Gast zu bestehlen. Er wurde jedoch dabei gefaßt und der Polizei übergeben. Diese entlarvte ihn als den am 13. Nov. 1894 in Kaden geborenen Bildhauer Konrad Ritz, der seit einiger Zeit in der Felnerstraße bei seiner Schwiegermutter wohnt.

### Das russisch-deutsche Milliardengeschäft.

Dresden, 27. Okt. In der schon erwähnten russischen Milliardenbestellung auf deutsche Lokomotiven hören wir von sehr gut unterrichteter Seite, daß die Verhandlungen in den letzten Tagen weiter fortgesetzt worden sind, und daß man sich allseitig bemüht, die noch vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden. Von maßgebender Stelle wird uns versichert, daß absolut kein Grund vorliegt, diese für Deutschlands Volkswirtschaft so bedeutungsvolle Angelegenheit als gescheitert anzusehen, wie es in einigen Zeitungen der Fall war.

### Amerikanische Liebesgaben.

Berlin, 27. Okt. Die Charity Bazar Association in Milwaukee, die zur Linderung der Not in Deutschland und Oesterreich gegründet wurde, schuf einen Sonderfonds für deutsche und österreichische Kinderheime. Durch Vermittlung des Roten Kreuzes sind nun, nach den Wünschen der Spender, aus diesem Fonds die ersten Gaben verteilt worden. Mit größeren Summen wurden bedacht die Hamburger Kinderkrippe, das Knappschke Kinderhospital in Nürnberg, der Mädchenhort in Berlin W. und das Schlieperichs Kinderheim in Eberfeld. Von dem Betrag eines Massenfundus, welches vor kurzem von den vereinigten Männerchören Milwaukee veranstaltet wurde, erzielten größere Summen: die Kleinkinderkrippe und das Pestalozzi-Fröbel-Haus in Berlin, das Kinderheim in Frankenhäusen (Thüringen), das Kinderkrankehaus in Jena im Wald und das Waisenhaus Hardhaus bei Korbfeude.

### Die deutsch-österreichischen Beziehungen.

Prag, 27. Okt. Der ehemalige tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Dr. Köhner, sprach sich in einer Unterredung über das Entgegenkommen aus, das er in Deutschland gefunden habe. Er sagt: Die Beziehungen, die sich anfangs ziemlich kalt ansetzten, wurden bald klar, vollkommen korrekt und für beide Staaten von großem Vorteil.

### Die neuen Provinzen Italiens.

Rom, 27. Okt. Die Römische Zeitung meldet aus Rom: Der gestrige Ministerrat beschloß die Veröffentlichung eines Einheitsstatuts für die neuen Provinzen. Für Sardinien soll eine Erklärung beigefügt werden, die die dort bestehenden Verträge mit dem italienischen Grundgesetz ausgleicht.

### Die italienischen Gemeindevahlen.

Rom, 27. Okt. Bei den Gemeindevahlen erzielten nach den bisherigen Ergebnissen von 4560 Gemeinden 2357 eine bürgerliche und 1270 eine sozialistische Mehrheit.

### Wie die Polen in Litauen haufen.

Berlin, 27. Okt. Die Lit. Tel.-Ag. meldet aus Kovno: Der polnisch-litauische Gefangenenaustausch hat bereits begonnen. Gestern kam der erste Transport in Litauen an. Die Gefangenen sind vollständig ausgeplündert. Flüchtlinge von jenseits der Front melden, daß die Soldaten Selbsterlöschung die Einwohner in brutaler Weise terrorisieren. Am meisten haben die litauischen Geistlichen zu leiden, die fast sämtlich gefangen gesetzt sind, so daß ganze Kirchspiele ohne Geistliche sind. Einige von den Geistlichen sind erschossen worden. Manche Dörfer sind ganz abgebrannt. Die Bewohner werden in unmenschlicher Weise ausgeplündert. Oft werden ihnen die gesamten Lebensmittellieferungen entzogen. — Zuverlässige Nachrichten besagen, daß General Seltowski andauernd Verstärkungen erhält. Es sind bereits 7 Divisionen vorhanden. Neue Panzerzüge mit Schnellenergeschützen treten in Tätigkeit.

### Das deutsche Eigentum in England.

London, 27. Okt. Die Mitteilung eines Berliner Korrespondenten, daß eine Londoner Erklärung bevorsteht, wonach England auf das im Versailler Vertrag erhaltene Recht verzichte, im Falle einer abschließlichen Richterfüllung der Indemnifikationspflicht, sich an deutschem Privateigentum schadlos zu halten, entspricht mit starken Einschränkungen den Tatsachen. Der Schritt bedeutet ein teilweises Aufgeben der bekannten Annexbestimmung des Friedensvertrages, jedoch ist die wichtige Erklärung notwendig, daß nur das noch wiedererlangte Eigentum des Handelsverkehrs von deutscher Seite exportierte Eigentum oder neuentstandene Bankausgaben in Betracht kommen. Ausgeschlossen von dem Verzicht bleibt das im Kriege beschlagnahmte Privateigentum. Die dringend erforderliche Freigabe des letzteren steht leider anscheinend nicht in nächster Aussicht. Der Zweck des obengenannten Verzichts ist die Erleichterung des Handelsverkehrs, der durch die Gefahr der Konfiskation ständig beeinträchtigt würde. In politischer Beziehung bedeutet das Aufgeben jedes Stüdes des Friedensvertrages einen bemerkenswerten Fortschritt.



### Die nächste Sitzung des Reichstags.

Berlin, 27. Okt. Auf der Tagesordnung der Reichstags-Sitzung, die Donnerstag mittags um 1 Uhr beginnt, steht nach den Interpellationen über die Entlohnung der Bevölkerung und über die Angelegenheit der Dieselmotoren die 1. Lesung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1920. Sie wird eingeleitet werden durch die bereits früher angekündigte Rede des Reichsaussenministers über die schwebenden politischen Fragen, an die sich hauptsächlich eine Rede des Reichsfinanzministers über die Finanzlage des Reiches anschließen wird. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß in der Rede des Reichsaussenministers eine wichtige Rolle spielen werden. Der Vorbereitung der politischen Ausarbeitungen, die sich in den kommenden Tagen an die Rede des Reichsaussenministers anschließen wird, dürfte eine Besprechung der Fraktionsführer dienen, die gestern nachmittag in der Reichstagskammer stattfand.

### Christlich-Soziale und Bayerische Volkspartei.

München, 27. Okt. Einer der Gründer der neuen Christlich-Sozialen Partei, Vitus Heller, richtet in dem Wochenblatt für Christlichen Sozialismus „Das neue Volk“, heftige Angriffe gegen die Bayerische Volkspartei. Er schreibt, daß der Kampf mit der Augenpartei auch aus außenpolitischen Gründen erfolgt sei. Er könne die Entwicklung in Bayern zum Separatismus nicht mehr mitmachen. Er habe Material in die Hand bekommen, das ihn zum letzten entscheidenden Schritte führe. Er sehe den französischen Franc rollen. Hierzu bemerkt die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei in unverantwortlicher Weise die Anklage des Separatismus und der Bestrafung durch französische Gelder erhoben werde. Die Bayerische Volkspartei dürfe es unter ihrer Würde, sich solchen Vorwürfen gegenüber in irgend einer Form zu rechtfertigen. Der Parteivorstand habe Herrn Vitus Heller aufgefordert, sein Material zu veröffentlichen und den Beweis für seine Anschuldigungen zu erbringen. Sei Herr Heller dazu nicht in der Lage, — und er werde es nicht sein, — dann werde die Rundgebung wenigstens den Vorteil haben, vorzutreten den Welt und die Absichten der neuen Partei zu dokumentieren. Es sei ein böser Anfang, wenn eine Partei welche christlicher sein wolle als die Christliche Bayerische Volkspartei, ihre Tätigkeit mit dunkelsten Verleumdungen beginne.

### Vom deutsch-nationalen Parteitag.

Hannover, 27. Okt. Der deutsch-nationale Parteitag wurde geschlossen, nachdem eine Entschließung angenommen war, wonach der Parteitag die vom Vordrugsabg. Ritter und dem Reichstagsabg. Vombach vorgeschlagenen Richtlinien deutsch-nationaler Kultur und Sozialpolitik billigt und von den Organen der Partei erwartet, daß diese sie durch ihre politische Tätigkeit der Erfüllung näher bringen.

### Vor dem reaktionären Putsch.

Dresden, 27. Okt. Die „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlicht einen sensationellen Artikel, in dem sie die Mitteilung macht, daß die mehrheitssozialdemokratische Parteileitung in Chemnitz, wie auch die „Chemnitzer Volksstimme“ selbst schon lange Kenntnis von einer vorbereiteten Umsturz-bewegung hätten, an der führende Personen des Bürgerturns, hohe Offiziere und alle möglichen reaktionären Verbände beteiligt sind. Unwiderrlegliche Beweise seien dafür vorhanden, daß in Sachsen die Gegenrevolution organisiert und behaftet fertig zum Aufmarsch sei. Zum Schluß wird von der Regierung christlich-sozialer Jugend und sofortige Verhaftung der Schuldigen ohne Rücksicht der Person verlangt.

### Die verurteilten Leibgardisten des Ränderhauptmann Hölz.

Dresden, 27. Okt. Der seit acht Tagen vor dem Dresdener Volksgericht verhandelte Hölz-Brandstiftungsprozess ging am Mittwoch zu Ende. Es waren bekanntlich acht Personen angeklagt wegen Brandstiftung an fünf Villen in Parkstein i. S. am Tage vor dem Einrücken der Reichswache. Sie hatten die Brandstiftung auf Befehl des Hölz begangen. Die Verteidiger versuchten, die Angeklagten auf das politische Gebiet hinüber zu spielen und zu erweisen, daß darin Hochverrat gesehen werde, weil bekanntlich Hochverrat amtiert worden ist. Der Staatsanwalt selbst gab zu, daß Hölz alle Welt ins Boot geholt habe, auch die Regierung.

Es gibt kein größeres Unglück, als der Leute zu bedürfen, die geringer sind als wir.  
Aus dem Türkischen.

## Helgoland.

Kurt Bopp, stud. hist. et rer. pol.

Schön ist der Augenblick, wo man Helgoland am Horizont erblickt und unverlierbar im Auge behält. Angenehm übersteigt es den Beschauer, der auf der Wängsmittelinie des Schiffes sitzt, Helgoland über der Schiffsschnabelspitze wie einen Stein schweben zu sehen, ein Zeichen, daß der Steuermann gut Kurs hält. Schön ist noch das langsame Näherkommen, das langsame Wachsen und Deutlichwerden dieses Felsens, wie auch in der Geisteswelt jeder Liebe das Sichgegenfüttern-Entdecken und das Sichlangsam-Abheben das Bewußtsein sein soll. Für den Binnenländer, der zum erstenmal aus Meer hinausfährt und an eine Insel herantömmert, ist jeder Augenblick der Abfahrt, des Ausbootens, des Landens das Geschenk eines glücklichen Geschicks, einer guten Fee; man freut sich, daß die Zeit so langsam vergeht und gestaltet, alles in Ruhe liegen und die tausend wechselnden Bilder erleben und genießen zu können. In der eigenen Lebensgeschichte drängen sich hier die Ereignisse zusammen und wollen in der Niederschrift dargestellt sein. Doch übergehe ich sie hier und beschränke mich darauf, Helgolands Eindrücke als Fiktion wiederzugeben.

Nur da in der Schule oder später in Büchern Bilder babylonischer Bauwerke, ägyptischer Pyramiden, Tempelbauten, Felsenburgen laßt, als du hörst, daß vergangene Zeit aber an diesen Felsenbauten Jahrbücher hindurch Tausende von Arbeitern und Kriegsgefangenen amüsantia schaffen sahen, als dir erzählt wurde, daß ein solcher Gebäudetypus

Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach Hochverrat, bejahten dagegen die Fragen auf Brandstiftung wegen versuchter Brandstiftung. Die Angeklagten wurden zu Zuchthausstrafen von 1 1/2 bis 4 Jahren verurteilt, außerdem zu 3 Jahren Ehrverlust. Ein Angeklagter, der nur der versuchten Brandstiftung schuldig war, kam mit 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust davon. Bei sämtlichen Angeklagten wurde die Inhaftierung der Stellung unter Polizeiaufsicht beschlossen. Demu beginnt ein neuer Prozess wegen Aufruhr und Landfriedensbruch. Die Frau des Hölz hat übrigens die Ehestandsgelände wegen seiner mehrfachen Verbrechen, die der Staatsanwalt auf über 100 bezifferte, eingereicht.

### Der Kohlenmangel.

Dresden, 27. Okt. Nach einer Mitteilung des sächsischen Landeskohlenkommissars kann die sächsische Industrie die vorliegenden großen Auslandsaufträge wegen Kohlenmangels nicht erledigen. Eine Besserung in der Erwerbslozenfürsorge könne infolge dessen nicht eintreten. Angesichts der Lage im Reich müsse Sachsen sich selbst helfen. Nur durch die schrittweise Arbeitslosen für die Kohlenförderung erhöht werden. Der Landeskohlenkommissar begibt sich daher in den nächsten Tagen in das sächsische Kohlenrevier, um trotz der für die sächsischen Bergarbeiter schwierigen Gruben- und Abbaubehältnisse auf eine Berichtigung der Arbeitslosen hinzuwirken.

### Eine zeitgemäße Verordnung.

München, 27. Okt. Der bayerische Minister hat beschlossen, gegen Wucher und Schwindel mit außerordentlich verschärften Strafbestimmungen vorzugehen. Eine neue Verordnung, die von der bayerischen Regierung auf Grund der Ermächtigung des Art. 48 der Reichsverfassung erlassen wird, bedroht die gewerkschaftliche Ausübung der allgemeinen Notlage, soweit sie in schärferer Gewinnsucht erfolgt und geeignet ist, eine erhebliche Beeinträchtigung der Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs herbeizuführen, mit Justizhaus, Ehrverlust, Konfiskation des Lebensvermögens und des gesamten Vermögens sowie mit Stellung unter Polizeiaufsicht und öffentlicher Brandmarke.

### Rücktritt des österreichischen Gesandten.

Berlin, 27. Okt. Professor Dr. Eudo Hartmann, der österreichische Gesandte in Berlin, hat im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Dr. Reiner als Staatssekretär des Reiches, sein im August 1919 eingereichtes Rücktrittsgesuch erneuert und den Staatssekretär Reiner, der previously das Staatsamt für Reiner in Wien leitete, um möglichst rasche Ernennung seines Nachfolgers gebeten.

### Zur Genfer Tagung des Völkerbundes.

London, 27. Okt. Die liberale Presse begrüßt die Aufforderung Südafrikas an Lord Robert Cecil, die südafrikanische Union bei der Versammlung des Völkerbundes in Genf zu vertreten. Dadurch hat South seinem bedeutendsten Mitarbeiter für die Liga Völkern es ermöglicht, der Genfer Tagung beizuwohnen, nachdem die englische Regierung weder Lloyd George noch Cecil delegiert hat. Die persönliche Teilnahme Lord Georges, der an dem Genfer Kongress stark interessiert ist, steht noch nicht fest. Es ist reichlich abgemessen, wenn sich die französischen Blätter schon jetzt über diese Frage ereifern.

### Württembergische Politik.

#### Landtag.

Die Feuerungsdebatte sollte heute wieder die ganze Landtagssitzung ausfüllen. Als alter Sachverständiger besprach Sommer (Rt.) die Schwierigkeiten der Landwirtschaft. Eine große Schuld an den heutigen Zuständen trägt die Preispolitik des Reiches. Die Landwirte wollten einen Abbau der Preise, aber nicht einseitig, sondern auch ein Sinken der Preise ihrer eigenen Bedarfsartikel. Der Redner rief die Landwirte dringend auf, alles Getreide abzuliefern, um die Macht des Hungers zu bannen. Für pünktliche Ablieferung verlangt er den Befehl des Reichsaussenministers. Zwischen Stadt und Land müsse Frieden herrschen. Das Zentrum unterstützte die Landwirtschaft in allen Teilen und sei auch bereit, am Preisabbau zu wirken, denn es gehe zu Boden und Leben zu lassen. Der Abg. Hiller (Soz.) wies auf die Gefahren mangelnder Ernährung hin, wozu auch die Zunahme der Prostitution und

der Tuberkulose gehörten. Die hohen Preise für die landwirtschaftlichen Produkten seien unerschwinglich; die Produktion trotz Aufhebung der Zwangsverpflichtung nicht gestiegen. Namentlich der alten U.S.P. brachte Speich allerhand Enthaltungen über die unmoralischen Folgen der hohen Preise, Schieber und Wucherer. Die Sozialisierung der Ernährungswirtschaft müsse durchgeführt werden. Erst wenn die Getreidepreise der bürgerlichen Gesellschaft erträglich, seien bessere Zeiten zu erhoffen. Namentlich der neuen U.S.P. ermahnte Schmid an das erste Dokument des freien Volkstaates, worin es heißt: „Die geahmte Wohlstand geben wir entgegen.“ Wenn der Industrielle beliebige Preise mache, könne man es auch dem Bauern nicht verwehren. Seine Freunde seien für die Bedürfniswirtschaft, weder für freie, noch für Zwangsverpflichtung. Der Abg. Hartmann (D.V.) warnte die Landwirtschaft vor dem Beispiel des letzten Generalstreiks. Sie solle nicht, wie damals die Industriearbeiter, gewissenlosen Geistes zum Opfer fallen. Die Bürgerpartei möchte einen scharfen Strich zwischen sich und dem Bauernbund ziehen, da sie es nicht tue, mache sie keine Bürgerpartei, nicht einmal nationale Politik. Minister Dr. Schall gab Auskunft über eine merkwürdige Zunderzündung an die Ortsherrn: Schnapsfabrik und über eine dabei vorgekommene Verhinderung zwischen Aus- und Inlandskäuf. Nach einer längeren Polemik des Ministers gegen die Rechte betonte er, das Sinken des Gemeinwerts sei wesentlich schon entwickelt worden in der Zeit des kaiserlichen Deutschland. Damit war nämlich der erste Redner gestimmt erledigt, bevor man zur zweiten Überlegung, bezugnehmend auf den Antrag der Redner, die heute einzeln statt wie neulich im Ganzen, eingebracht wurden, nur die beiden anzulassen, mit denen der Regierung die Billigung über die Mißbilligung ausgesprochen wird. Speich (D.V.) verlangte eine Sanierung der Wirtschaftsmoral und drakonische Maßregeln gegen Schieber und Wucherer, wozu vor der Preisüberhöhung für Grund und Boden und verlangte Reformmaßnahmen aus der Landwirtschaft selbst heraus. Die Zwangswirtschaft für Getreide u. Milch in der heutigen Form nicht zu halten. Organisationen müssen helfen. Nachdem auch noch Divier (H.V.) sehr wirksam den landwirtschaftlichen Standpunkt vertreten, den nächsten Tag betrafen und die Sozialisierungsbestrebungen schärft zurückgewiesen hatte, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag vertagt.

#### Keine Anfrage.

Zur Not der Alpenländer hat der Abg. Rothmann-Mün von der deutschen Volkspartei eine kleine Anfrage an die Regierung gerichtet, auf die folgende Antwort eingegangen ist: Durch Anschließung des Staatsministeriums vom 15. Okt. 1920 ist genehmigt worden, daß an die Alpenländer und Abkämpfer um Rückzahlung vom 1. April 1920 an werden dem schon bisher zur Auszahlung kommenden Forderung von 50% ihrer Benfonszahlungen ein weiterer Zuschuß von je 50 % monatlich in Anrechnung auf die in Aussicht genommene gesetzliche Erhöhung ihrer Beiträge ausbezahlt wird. Die Auszahlung des bereits verfallenen Betrags für die sieben Monate April bis Oktober wird in Verbindung mit der Benfonszahlung am 1. November erfolgen; hierdurch erhalten die Alpenländer und Abkämpfer auf einmal einen größeren Beitrag ausbezahlt. Die Anfrage dürfte durch diese Maßnahme ihre Erledigung gefunden haben.

#### Anfrage der Bürgerpartei zur Ernährungsfrage.

Bürgerpartei und Bauernbund haben folgenden Antrag gestellt: I. Der Landtag billigt es, daß die Regierung für die Aufhebung der Zwangsverpflichtung für Kartoffeln, Fleisch, Eier usw. eingetreten ist. II. Der Landtag erwartet, daß die Regierung dem Wucher, dem Schiebertum, insbesondere der Verschwendung von Lebensmitteln ins Ausland sowie ihrer Verwertung zu unerlaubten Zwecken mit Schärfe entgegentritt. III. Der Landtag billigt die Unfähigkeit der Regierung in Bezug auf die großen wirtschaftlichen Ursachen der Lebensmittelnot des deutschen Volkes, wie sie im Nachstehenden unter IV. zusammengefaßt sind. IV. Da der fortgeschrittenen Steigerung aller Lebensmittelpreise und der schließlichen Hungersnot nur dadurch vorgebeugt werden kann, daß die Wurzeln des Übels ausgerottet wird, so wird das Staatsministerium beauftragt, im Reichsrat und bei der Reichsregierung für folgende Maßnahmen einzutreten und sie, soweit möglich, selbst durchzuführen:

ein geistiger Stachelkrautwoll des Geheimnisvollen und Verbottenen aufgeführt, der vor dem Krieg schon begonnen, während der Kriegsjahre vollständig ausgebaut wurde. Nahrung doch gleich zu Beginn des Krieges alle Einwohner Helgoland verlassen, kein Zivilist durfte während dieser langen Zeit diese Truhburg betreten. Wie hinter der hinesischen Mauer eine Welt reich an Sonderbarkeiten und Eigenartigem lebte, so verdingt sich hier hinter den Mauern der Rote und des Inselchupens eine Welt reich an Geheimnisvollem und Verbottenerem, der dir jetzt offen liegt, eine Welt des springbereiten Todes und der Vernichtung.

Einen guten oberflächlichen Einblick gibt die der Stand am Südhorn. Du glaubst auf einem vorstehenden Riff im Ostmeer zu sein. Schuttmauern von 1 1/2 Meter Höhe schützen dich vor dem Abwurf durch Schwindele und Windschiffe. Zu deinen Füßen liegt eine künstliche Halbinsel, aus aufgeschüttetem Boggerland entstanden, durch massive Rollen links und rechts geschützt. Diese laufen ins Meer hinaus und schließen den U-Boot- und Torpedoboot-Park ein. Im U-Bootshafen liegt Weidlingen nach seinem Erfolge an. Dort waren die Kajernen der U-Boots-Mannschaften, die nach ihren Fahrten schwarz und abgekümmert, dort Rast machten. Alles was das U-Boot und seine Mannschaften brauchen, war hier im Hafen und im Felsen vorhanden, vom neuesten Torpedo bis zur Ersatzkranke, und vom neuen Paar Stiefel bis zur Neufestonlerenbüchse. Wie ein Bergwerk mit Gängen und Auerstollen zog sich unten am Hafen ein Riesenlager in den Fels hinein, dort drinnen lagerten Schuttmauern und explosionsfähiger die Torpedos, Minen und Granaten der sogenannten deutschen Riesenstabilische. Wenn du jetzt hineingehst hörst du in den dunklen Gängen die Bohrermetall tönen und lärmern, und im Schein der elektrischen Lampen siehst du in den aus den Bohrlöchern herausquellenden Steinstaubwolken des zerhackten Betons die Silhouetten der Bohrarbeitertolonne. Bald wird auch dieser Riesenlager geiprenzt sein. (Fortsetzung folgt.)



Landw...  
hebung...  
die un...  
Buche...  
müsse...  
Bür...  
hoffen...  
erle...  
ge...  
strie...  
nicht...  
effekt...  
Abg...  
Bei...  
duals...  
Opfer...  
wischen...  
mache...  
Richter...  
Zu...  
einer...  
Zu...  
ministers...  
stans...  
kaiser...  
Redner...  
schloß...  
einzel...  
beiden...  
der die...  
erlangt...  
Roh...  
Preis...  
form...  
nicht...  
in auch...  
Staud...  
Soci...  
re die

1. Unseren Feinden ist durch Wort und Tat in würdiger Weise klarzumachen, daß abtötlichem und menschlichem Rechte widersteht, von einem Volke die Selbstverleugung zu verlangen, daß deshalb der Lebensvertrag von Versailles nur insoweit vom deutschen Volke durchgeführt werden darf, als dies mit seiner Selbsterhaltung vereinbar ist. Die weitere Befreiung von Vich ist daher unter allen Umständen abzulehnen. 2. Alle sozialistischen Wirtschaftsexperimente haben zu unterbleiben, solange der Notstand des deutschen Volkes dauert. 3. Die Verpflichtung zu nützlicher, den Fähigkeiten und Kräften des einzelnen entsprechenden Arbeit ist durch Reichsgesetz ohne Verzug einzuführen. 4. Die Erwerbslosenzulage muß umgestaltet werden, daß der Anreiz zum Nichtstun entfällt. 5. Die gesetzliche Verpflichtung des allgemeinen Arbeitsdienstes muß beibehalten werden, sie darf nur da aufrechterhalten werden, wo Rücksichten der Gesundheit oder sonstiger zwingende Gründe dies unbedingt erforderlich machen. 6. Die Arbeitsarbeit ist zu begünstigen. 7. Strafe dürfen bis zur Verbesserung des Notstandes des deutschen Volkes nur noch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und erst dann zugelassen werden, wenn zuvor die zum friedlichen Austrag der Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis einzugelenken den Schiedsgerichte ihre Entscheidung getroffen haben. 8. Die öffentlichen Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden sind in größtem Maßstab einzuschränken und auf das unbedingt notwendige Maß zurückzuführen. 9. Der Antrag IV wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss zur schleunigen Berücksichtigung übergeben. 10. Der Landtag erlisst einen Rufschrei an das werktätige Volk, der sich an alle Kreise wendet, um eine Befreiung der Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse herbeizuführen.

### Aus Stadt und Bezirk.

Magd., den 28. Oktober.

**Dienstauchrichten.** Durch Entschließung des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamts Abt. für Zölle und Verbrauchssteuern wurden zu Zollbetriebsstellen je an ihrem bisherigen Dienstort u. a. ernannt: Die Herren Spahn an n in Calw, H. K. in Horb und Hammer in Ludwigsburg.

**Viederabend.** Die jeden Donnerstag stattfindenden Vortragsabende des Musikvereins sollen eine erfreuliche Bereicherung durch Zuziehung von Solisten erfahren. Den Redner wird unter Magd. Ministerin Frau. Mit Viedern von Bräutigam, Wolf, Schöberl und Schumann. Wir bitten uns, Frau. Mit schon wieder hier her zu bitten, ihre wohlüberlegte Stimme und Vortragskraft mit uns eine Stunde reicher Gesinnung zu schenken. Wir weisen darauf hin, daß der Eintritt jedermann ermöglicht ist.

**Zuweisung von Rohmehl.** Die Reichsgereichtete wird, als auch schon der Ernährungsminister im Landtag betont hatte, vom 1. November ab den Kommunalverhältnissen sogenanntes Rohmehl (Hausbrotmehl) überweisen. Auf den Kopf der Bevölkerung im Monat entfallen 600 Gr. dieses Mehls, das neben der allgemeinen Brotration auszugeben wird. Zur Feststellung des Rohmehls wird ein Antragsformular auszugeben, das zu 75% auszufüllen ist. Im Hinblick auf das entgegenkommene des Reichsgereichteten darf man erwarten, daß das Hamleten von Mehl, das gegenwärtig ungenutzte Ausmaße angenommen hat, wenigstens etwas nachläßt.

**Der Verband der nichtberufsmäßigen Ortsfeuerwehren Württembergs** hielt am Sonntag den 24. Okt. 1920 im Friedrichshaus in Stuttgart seine jährliche Landesversammlung ab, wozu diesmal auch Vertreter des Landesfinanzamts und der Vorsitzenden des Verbandes der berufsmäßigen Ortsfeuerwehren erschienen waren. Der Vorstand, Ortsfeuerwehrenteamer Kerna in Württemberg begrüßte die anwesenden Verbandsmitglieder, welche gegen 200 an der Zahl der Einladung Folge geleistet haben. Neben den geschäftlichen Berichten des Schriftführers Weller in Heilbronn und des Kassiers Bloß in Winterbach stand im Vordergrund der Verhandlung die schwebende Frage über die Erhaltung oder Abschaffung der bisher in Württemberg selbständigen Einrichtung der Ortsfeuerwehren. Im Vortrag des Verbandsvorstands wurde darauf hingewiesen, daß der Staat zu seiner Erhaltung noch in keiner Zeit so notwendig auf die Steuern angewiesen gewesen sei wie im jetzigen Augenblick, und daß er zur Durchführung der großen Finanzreform nur der Mitarbeit seitens der Ortsfeuerwehren als eine vom Standpunkt des Steuerzahlers in der Praxis anerkannte Notwendigkeit zu rechnen habe, wenn der Staat zu dem was ihm gebührt, wirklich kommen soll, und zwar sowohl auf dem Gebiet der Verbrauchsabgaben, als auch auf dem Gebiet der direkten Besteuerung. Bei der Diskussion wurde Klage darüber geäußert, daß es ein großer Fehler sei, daß gerade bei den Verbrauchsabgaben, bei der Branntwein-, Wein-, Tabak-, Rostbesteuerung usw. die Mitwirkung der Ortsfeuerwehren ausgeschlossen werde. Während dem einen jeder Penny für den Steuerbeutel abgezogen wird, ist ohne Mitwirkung der dritten Zahl- und Geschäftszahlen nachgewiesenem bei den obigen Steuergattungen für die Unbilligkeit für und für geöffnet. Alle in der Praxis stehenden Redner haben auf Grund ihrer langjährigen Erfahrungen ihre Meinung dahin zum Ausdruck gebracht, daß zwischen der Theorie des Gesetzes, am grünen Tisch gemacht, und zwischen der Praxis der Durchführung eines Finanzgesetzes ein großer Unterschied sei, und daß das preussische System ohne örtliche Vertrauensmänner und Ortszahlstellen die beteiligten Kreise nicht befriedige und daß ohne Mitwirkung derselben in Bezug auf die Steuerentnahmen bei der gegenwärtigen Moral der Bevölkerung die Staatskasse die Leidtragende sein werde. Durch die Rednerbeiträge wurde festgestellt, daß die überwiegende Mehrzahl der Bezirks- und Gemeinderäte für die Beibehaltung und den Ausbau der Ortsfeuerwehren sich ausgesprochen haben, und daß es sehr die Aufgabe der Regierung sei, was bis jetzt noch nicht geschehen ist, zu beurteilen, in wieviel nach dem Geist der gegenwärtigen Gesetzgebung noch Raum für die Mitwirkung der Ortsfeuerwehren vorhanden sei, und daß es vorderhand nicht in ihrer Abhilfe liege, die bisherige Einrichtung als vollständig unentbehrlich zu erklären und daß man sich vielmehr auch nach der Erklärung des Staatssekretärs Wölke mit dem Gedanken trage, in Württemberg die württembergische Einrichtungen zu reu zu machen. Vom Verband wird der Ausbau der Ortsfeuerwehren zu lebensfähigen Geschäftsbetrieben und Hilfsstellen mit Zuweisung geeigneter Geschäftsaufgaben angestrebt, und als solche kommen neben

den Verbrauchsabgaben, welche zum Schaden des Staats der Gemeindefähigkeit der Ortsfeuerwehren und in Vertiefung der württembergischen Verhältnisse schon zum Teil entzogen sind, noch die direkten Steuererträge für die Reichseinkommensteuer, soweit nicht Abzüge begründet sind, für die Reichseinkommensteuer der Landwirte und Gewerbetreibenden, die Abrechnungen der Steuererträge aus Arbeits- und Dienstleistungen oder Juraufzahlung sowie erwerbener Steuern, der Einzug der Grundbesitzsteuern, die verschiedenen Bestandsaufnahmen für Branntwein, Wein und Tabak, Weinbuchführung der Betriebe, die Kontrollausübung der steuerpflichtigen Betriebe usw. Die anwesenden Herren Vertreter des Landesfinanzamts haben durch die Ausführungen der Männer aus der praktischen Tätigkeit draußen in der Provinz den Eindruck in sich aufgenommen, daß die Beibehaltung und der zweckmäßige Ausbau der Ortsfeuerwehren sowohl im finanziellen Interesse der Reichs- und Staatsfinanzverwaltung als auch im Interesse und im Willen der Steuerzahler gelegen ist. In diesem Sinn hat die Versammlung eine Entschließung angenommen, welche dem Landesfinanzamt schriftlich zugestellt worden ist. Der Vorsitzende schloß die zu Ruh und Frommen für Staat und Steuerzahler von berufenen Vertretern einberufene Versammlung nach dreistündiger Dauer mit der Feststellung, daß der Verband sich seiner Aufgabe auch für die Zukunft bewußt ist, wenn auch die Sorgen der Zeit so manches Herz der Mitglieder bekränzt, in der Weise, daß für die Werbung für eine richtige Lösung der schwebenden Fragen durch Ausfüllung der Bevölkerung aus jener hin gesorgt werden wird. In der anwesenden Regierungsvorsteher, für deren Erscheinen vor Vorsitzende den Dank ausgesprochen hat, seht der Verband das Vertrauen, daß nicht gegen den Willen und gegen die Interessen der Steuerzahler Entschlüsse gefaßt werden, die nicht zum Segen, sondern zum Nachteil der Heimat ausschlagen.

**Unverkaufter Viehhandel.** Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die Klagen über die Zunahme des unverkauften Viehhandels mehren sich. Ohne im Besitze eines Viehhandelsbescheides oder eines Wegereisaufschreibens zu sein, befaßt sich eine große Anzahl von Personen mit dem Verkauf von Vieh. Wohl sind die Ueberwachungsorgane bemüht, diesem Unfug zu fröhnen. Sie können aber ohne die Mithilfe der Bevölkerung nicht durchdringen. Nur wenn alle Bestimmungsbefugte die Behörden unterstützen, auch, wie es leider vielfach der Fall ist, nur zu kritisieren oder gar den Ausführungsbefugten Schwierigkeiten zu machen, kann etwas erreicht werden. Da gerade durch den wilden Handel die Preise für Vieh und Fleisch ständig in die Höhe getrieben werden, haben die Verbraucher das größte Interesse daran, daß diesem schädlichen Treiben nach Möglichkeit entgegengetreten wird, der ohne einen Viehhandelsbescheid oder Wegereisaufschreiben Vieh aufkauft, den Polizeibehörden angezeigt wird. Für die Aufdeckung von solchen Verfehlungen hat die Fleischverordnungsstelle Befugnisse ausgesetzt, die nicht nur die Beamten des Sanitätswesens und der Polizei, sondern auch Privatpersonen erhalten können.

**Bierpreise.** Seit 1. Oktober wird neben Einfachbier auch Vollbier mit einem Stammungsgehalt von 8%, hergestellt. Der Herstellerpreis beträgt für Einfachbier 130 M., der Höchstpreis für Vollbier 180 M., je für 1 Hl. bei Lieferung in Fässern. Da die Bevölkerung nicht, Gewerbetreibenden eine wesentliche Preissteigerung vertragen haben, sind die bisherigen landesrechtlichen Bierhöchstpreise für Hersteller, Wirte und Fleischhändler aufgehoben worden. Die Gefahr des Ausbaus der Bierpreise bleibt nach wie vor bestehen. Nach einer Verfügung des Ernährungsministers haben die Inhaber von Gast- und Schenkwirtschaften sowie von anderen Betrieben, die Bier offen oder in Flaschen oder anderen Gefäßen im Kleinverkauf abgeben, durch den öffentlichen Anschlag in den Wirtschaftsräumen und Verkaufsstellen die Verkaufspreise für Bier in den zum Ausschank oder Verkauf kommenden Mägen bekannt zu geben.

**Der Entwurf eines Schulstufengesetzes** bestimmt. Bei den Volksschulen verbleibt es bei den durch das Lehrerbeförderungsgesetz festgesetzten Gemeindeleistungen. Artikel 10 des Lehrerbeförderungsgesetzes (Ortszulagen) wird aufgehoben. Ebenso bleibt es hinsichtlich der Gewerbe- und Handelsschulen bei den gesetzlichen Bestimmungen, wobei die Anmerkungen vom Staat allein getragen werden. Bei den grundsätzlichen von den Gemeinden zu unterhaltenden höheren Schulen und ebenso bei den Frauenarbeitschulen tritt zu den gesetzlichen Gemeindeleistungen ein Zuschlag von 100 u. V., soweit nicht durch besondere Verträge etwas anderes bestimmt ist. Die bisher gewährten Staatsbeiträge zum Besoldungsanfang der Gemeinden für die höheren Schulen fallen weg. Den durch die Gemeindeleistungen nicht gedeckten Teil der Bezüge für die genannten Schulen hat die Staatskasse zu tragen. In den Bezügen der Lehrkräfte an den Bürgerchulen leistet der Staat einen jährlichen Beitrag von 8000 M. für jede planmäßige, und von 4000 M. für jede außerplanmäßige hauptamtliche Stelle. In den Bezügen der außerplanmäßigen Lehrer an den Elementarschulen leistet der Staat einen Beitrag von 4000 M. für jede Stelle. Die Begründung lautet u. a.: Die nach der neuen Besoldungsordnung den Lehrern zukommenden Bezüge erfordern einen Aufwand, der über die bisherigen Leistungen des Staats sehr erheblich hinausgeht. Bei der Finanzlage des Staats kann nicht darauf gebachtet werden, die dadurch entstehenden Mehraufwendungen wiederum ausschließlich auf den Staat zu übernehmen, vielmehr müssen auch die Gemeinden dazu herangezogen werden. Die entgeltliche Verteilung der persönlichen Schullasten zwischen Staat und Gemeinden wird einen Teil der Auseinandersetzung bilden, die zwischen Staat und Gemeinden über die allgemeine Verteilung der Lasten statufinden hat. Da hierzu das Ergebnis der Reichssteuerabgaben abzuwarten ist, kann es sich jetzt nur um eine vorläufige Regelung handeln. Für die besonderen Verhältnisse der Stuttgarter Bürgerschulen ist eine besondere Regelung zu treffen. An dem grundsätzlichen Rechtsverhältnis zwischen Staat und Gemeinden hinsichtlich der Beteiligung an den Schullasten soll durch dieses Gesetz nichts geändert werden. Der Gesamtaufwand für 1920 beträgt 155 Millionen Mark (im Vorjahr 73 Millionen Mark). Davon haben die Gemeinden 21,5 Millionen (12 Millionen), der Staat aber 133,4 Millionen (61 Millionen) zu tragen.

**Simon und Judas.** Nur noch ein kurzer Schritt ist in dem November, der hinsichtlich der Witterung der unangenehmste aller Monate ist. Als Herold der kalten Jahreszeit hat bereits Frost und im baldigen Schneesand samt im Herbstgrün Schnee niedergelassen. Immer dichter und kälter werden die Tage. Allmählich erscheint der 28. Oktober, der Geburtstag der beiden Kaiser Simon und Judas, als Vorbote und Reiner des Winters. Der Volksmund kennt in dieser Beziehung eine Reihe von Weissagen, die an den Tag unglück-

ten; einige seien hier wiedergegeben: Wenn Simon und Judas vorbeiliegen, so rät der Winter herbei. — Simon und Judas nicht aus Schnee auf die Erde. — Wenn Simon und Judas einherwandeln, so wollen sie mit dem Winter handeln. — In der guten alten Zeit, da man gewohnt war, die meisten Bedarfartikel auf dem Krämermarkt zu kaufen, herrschte der Brauch an diesem Tag die Winterkleidung sich zu beschaffen: Simon und Judas, kauf an der Erde!

**R. Wildberg, 24. Okt.** Rabatt-Spar-Verein Wildberg und Umgebung (Willingen, Sulz). In der heutigen Mitgliederversammlung ist der Verein mit Wirkung vom 1. Nov. 1920 neu ins Leben gerufen worden. Die Mitglieder (Gesamtschlichter) haben einstimmig beschlossen, auf alle Waren mit Ausnahme von Salz, Zucker, Erdöl, Fett, einen Rabatt von 5% zu gewähren. Die erste Gewinnverteilung, ermöglicht durch Beitrittsgebühren und Zinsen aus dem Vereinsvermögen, soll im Januar 1921 stattfinden. Die im Januar 1921 ausgegebenen Gutscheine nehmen an der Verteilung teil. Die in den Händen der Verbraucher noch befindlichen Rabattscheine haben noch volle Gültigkeit und können weiter benutzt werden.

**Nach dem abgelaufenen Württemberg.**

**Derrenberg, 27. Okt.** Am letzten Samstag abend 7,10 Uhr wurde hier ein hellgelb leuchtender Meteor gesehen, welcher in nordwestlicher Richtung dahinflug. Der Stern war in zwei Teile geteilt, welche hintereinander flogen und einen mehrere Sekunden leuchtenden, langen, funkenstrahlenden Schweif hinterließen. Dieser Meteor wurde auch in der Umgebung gesehen. Ein Beobachter von Derrenberg schreibt darüber in der „Tübinger Chronik“: Der plötzlich aufsteigende Meteor flog in langsamer Bahn ziemlich horizontal. Am Ende der Flugbahn teilte sich der Meteor in zwei Ästchen, welche noch ein gutes Stück getrennt in der Flugbahn hintereinander weiterflogen. Die Farbe war hellgelb leuchtend. Es war ein wunderbarer Anblick.

**Calw, 27. Okt.** Die Rostbeschaffung hat sich in diesem Herbst für unsere Gegend sehr ungünstig gestaltet. In den Waldorten gab es wenig Obst; die Baumbesitzer hatten vielfach einen sehr schlechten Ertrag, daß sie oft kaum ihren eigenen Bedarf decken oder nur geringe Überschüsse abgeben konnten. Die Preise schnellten deshalb rasch in die Höhe. Anfangs der Obstzeit wurden 40—50 M. für den Zentner bezahlt, später war der Preis allgemein 80—90 M. Für gedrohenes Obst wurden 100—120 M. verlangt. Es sind unsumme Preise, die bezahlt werden müssen, wenn man überhaupt Obst bekommen will. In den Waldorten hat jede Ebene vor Bucherprellen aufgehört, alle Verordnungen und Vereinbarungen werden vollständig ignoriert. Will man Obst kaufen, so sagt der Erzeuger nicht: Ich verlange so und so viel, sondern man wird zuerst gefragt: Was wollen Sie bezahlen? Auf diese Weise ist der Verbraucher gezwungen, hohe Preise anzulegen. In diesem Jahr wurde viel Obst gebraten, das schon wegen der Sorte nicht als Tafelobst geeignet ist; aber der hohe Preis für Tafelobst reizte auch, der Rost, sonst das Volksgetränk, wird bald vielen Leuten nicht mehr zugänglich sein.

**Horb, 27. Okt.** In Altdorf hat am Sonntag nachm. ein Bürger in seinem Garten ein Reh eingezogen. Tierärztliche Untersuchung ergab, daß das Reh von der Maul- und Klauenseuche befallen war.

**Niederrain, 28. Okt.** Man beargwöhnt heute immer noch der irrigen Auffassung und dem Verhalten, daß den Bod seit seinem Uebergang in den Besitz des Vereines Würt. Handwerkerzweigschmeine nicht mehr allgemein zugänglich sei. Dem ist aber nicht so. Wir können auf Grund äußerlicher Grundbedingungen feststellen, daß das Bod auf kürzere oder längere Zeit für jedermann geöffnet ist. Auch Ausflügler aus der näheren und weiteren Umgebung wird die Tagesmischerei empfohlen, da die früheren Besitzer und jetzt Pächterin Frau Kaidt alles aufbietet, um selbst den verabschiedeten Ansprüchen gerecht zu werden. Das Bod ist mir bisher auch über den Winter geöffnet.

**Tübingen, 27. Okt.** Die Vorlesungen an der Universität nahmen im allgemeinen ihren Anfang. Die Studierendenziffer dürfte gegenüber dem Sommersemester um einige Hundert zurückgegangen sein.

**Ullingen, 27. Okt.** Der Schaden bei dem Feuer in der Ullinger Zeitung ist groß, da außer den Schreibmaschinen ein großer Papiervorrat vollständig vernichtet wurde, zum Teil auch fertige Drucksachen und Platten. Die Druckmaschinen blieben vom Feuer unversehrt. Das Vorderhaus mit dem Seheraal, den Kontorräumen und zwei Wohnungen konnte gerettet werden. Der Betrieb kann vorläufig aufrecht erhalten, das gesamte Personal weiterbeschäftigt werden. Anerkennung verdient die hilfreiche Tätigkeit der Sehmännchen, die in der Beschaffung von fertigen Drucksachen, Papier usw. bei der Hand waren und auch die gesamte Kontoreinrichtung, sowie das Mobiliar einer Notmohnung in Sicherheit brachten.

**Spehards, 27. Okt.** Bekan abend 1/5 Uhr wurde hier von einem Handwerksburschen ein Schandfeuer angezündet. Es brannte die mit Heu und Ormb gefüllte Feldscheuer des Jakob Oberer vollständig nieder, wodurch ein Schaden von ca. 3000 M. entstanden ist. Der Brandstifter hat sich bereits beim Amtsgericht gestellt.

**Ullingen, 27. Okt.** Am Montag früh wurde beim Bahnhofsrestaurant in der Ullingerstraße ein Schandfeuer gefunden. In der Nähe lag ein Ferkel mit den Worten: „Das hat ich selbst getan, Josefine Kästle.“ Laut Polizeibericht handelt es sich um die 27-jährige Ehefrau des Webers Eugen Kästle. Die Frau, die seit April 1916 kriegsbedingt ist und ein jährliches Kind hat, ist von ihrem Manne getrennt bei einer Schwester. Der Mann suchte fortwährend nach Scheidungsgründen. Es wurde festgestellt, daß die Frau den Ferkel selbst geschrieben hat und man nimmt an, daß der Tod der Frau durch den Mann auf irgend eine Art herbeigeführt wurde. Kästle wurde vorläufig festgenommen. In seinem Besitz wurden zahlreiche Gegenstände gefunden, die von Diebstählen herrühren, die in letzter Zeit, namentlich in Ullingen, begangen worden sind.

**Tuttlingen, 27. Okt.** Bei der Firma Rietel & Co., Schuhfabrik, ist die gesamte Arbeiterkraft am Montag vormittag in den Ausstand getreten. Seit längerer Zeit fanden Unterhandlungen bei dieser Firma mit der geleisteten Betriebsverwertung wegen Einführung von Arbeitsarbeit auf der im Reichslohntariffvertrag der Schuhindustrie vorgeschriebenen Grundlage statt. Die Arbeiterschaft hat beständig die Einführung von Arbeitsarbeit abgelehnt, trotzdem in diesen Betrieben jahrzehntelang im Accord gearbeitet worden war und den Arbeitern eine höhere Verdienstmöglichkeit dadurch geboten wurde. Die Firma hat nun versuchsweise





In den vergangenen zwei Wochen Nachschublieferung ein-  
geführt und die erzielten Mehrerlöse am letzten Freitag  
ausbezahlt. Daraus ist eine wiederholte Ablehnung der  
Arbeitsarbeit durch eine Verleumdung mit dem gleich-  
zeitigen Beschluß, in den Ausstand zu treten.

**Geschäftliches.**

Die bekannte Fabrik W. Wohlmuth & Co., welche  
seit vielen Jahren die weit über die deutschen Grenzen hinaus  
berühmten Wohlmuth'schen Apparate Marke „Gemeco“  
für Feilwerk herstellt, ist neuerdings in eine große Aktien-  
gesellschaft umgewandelt worden. Sitz der Fabrik in Furt-  
wangen (Schwarzwald). Zweigniederlassungen in Konstanz  
Arendlingerstr. 47 a für Süddeutschland, Dresden A für Nord-  
und Mitteldeutschland, Kreuzlingen für die Schweiz. Ver-  
treterstellen an allen Orten Deutschlands. Die Wohlmuth-  
Aktiengesellschaft ist für hier durch Herrn Paul Schmitz in  
Freudenstadt, Landhausstr. 16 vertreten, wo jederzeit die  
heutigen wieder vollkommenen Friedens-Apparate, die be-  
kanntlich für den Familiengebrauch bestimmt sind, unverbind-  
lich besichtigt werden können. Man verlange die neuesten  
Schritte über die Anwendung der galvanischen Elektrizität  
als Heilmittel. 1533

**Legte Nachrichten.**

**Die „Herren Beamten“ der Abwicklungsstellen.**

Berlin, 28. Okt. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ mit-  
teilt, wurden von der Berliner Kriminalpolizei in den Amort-  
fäden der Zahlmeister Bernde und der Feldwebel Ländner,  
die beide in der Abwicklungsstelle des Sturmabteilung 3 in  
Potsdam angefaßt waren, verhaftet. Sie hatten in den  
letzten sechs Monaten rund zwei Millionen Mark Abwick-  
lungsgebühren unterschlagen und bis auf den Rest von 78 000  
Mark in Berliner Vergnügungslokale verjubelt. Es hat  
sich herausgestellt, daß die beiden Verhafteten vorbestrafte  
Verbrecher sind, die vermutlich sich selbst zum Feldwebel und  
Zahnmeister befördert haben.

**Verzögerung im Luftdienst.**

Berlin, 28. Okt. „Post“ (Berl. Tagbl.) ist eine neue  
Verzögerung des Luftdienstes Frankfurt-Basel eingetreten,  
da einer Erklärung der Badischen Luftschiffahrtsgesellschaft

in den „Baseler Nachrichten“ zufolge, die französische Regie-  
rung jede Landung deutscher Flugzeuge verboten hat. Auch  
der Deutsche Luftverkehr, die während der Frankfurter  
Wesle Passagierflüge ausgeführt hat, wurden von den franzö-  
sischen Behörden Landungen verboten.

**Die Verhaftung Escherich.**

Berlin, 28. Okt. Einer Meldung des „Berliner Lokal-  
anzeigers“ aus Dresden zufolge hat der Minister des Innern  
zwei Offiziere der Landespolizei sofort entlassen,  
weil sie angeblich in Verbindung mit der Organisation Esche-  
rich in Chemnitz stehen. Die Untersuchung gehe weiter, und  
richte sich anscheinend auch gegen den General Senft von  
Pilsch.

**Ein neuer deutscher Dampfer.**

Hamburg, 28. Okt. Der für die Hamburg-Bremen-Ni-  
sina-Linie erbaute neue Dampfer „Winkind“ ist vor einigen  
Tagen hier eingetroffen. Der Dampfer wird heute unter  
deutscher Flagge seine erste Reise antreten.

**Kampf mit Schmugglern.**

München, 28. Okt. Wie aus Oberfranken gemeldet wird  
kam es an der österreichischen Grenze zwischen zwei öster-  
reichischen Offizieren und zwei schwer bewaffneten Schmugglern,  
welche die Grenze überschreiten wollten, zu einem schweren  
Kampf in dessen Verlauf ein Schmuggler erschossen wurde.  
Eine große Menge von Zigaretten, Zigaretten und Tabak  
führten dieselben mit sich.

**Irland.**

Newport, 27. Okt. Der Tod des Bürgermeisters von  
Cork hat unter den Iren in Newport große Erregung her-  
vorgebracht. Verschiedene irische Gesellschaften erließen heftige  
Proteste; es wurden Demonstrationen angekündigt.  
Der Bürgermeister von Newport, Irland, der ein geborener  
Irländer ist, ließ zur Ehrung „eines der edelsten Märtyrer,  
die jemals für die Freiheit gestorben sind“, die amerikanische  
Flagge auf dem Stadthaus aufziehen.

**Die Entschlebung des österreichischen Reichsbauernrats.**

Wien, 28. Okt. Gestern trat im Parlament der Reichs-  
bauernrat (Ausschuß des Reichsbauernbundes) zusammen und  
faßte eine Entschlebung, in der es u. a. heißt: Der Reichs-  
bauernbund weist keine Abgeordneten an, nach wie vor, an

der demokratischen Republik festzuhalten. Er lehnt die Mög-  
lichkeit der wirtschaftlichen Einbindung Österreichs nur im  
Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich. Der Reichs-  
bauernbund fordert von der kommenden Regierung eine  
gesunde Produktionspolitik und eine nicht minder gesunde  
Sozialpolitik.

**Herabsetzung des Ausfuhrzolls für Butter.**

Amsterdam, 28. Okt. Wie „Telegraaf“ erfährt, soll der  
Ausfuhrzoll für holländische Butter von 50 Cent per Hilo  
auf 15 Cent herabgesetzt werden.

**Die Vorgänge in Dalmatien.**

Mailand, 28. Okt. Der Gouverneur von Dalmatien,  
Admiral Pillo, hatte am Dienstag eine Unterredung mit  
dem Ministerpräsidenten Giolitti, der die Blätter große Be-  
deutung beimessen. Zugeworfen war auch der Marineminister  
Secchi sowie der Kriegsminister Bonomi. Der „Corriere  
della Sera“ meint, daß die Unterredung die Frage der Wieder-  
aufnahme der Verhandlungen zwischen Italien und Jugo-  
slawien zum Gegenstand hatte. Der Ministerrat wird sich  
heute nochmals mit der adriatischen Frage befassen, damit die  
Vertreter Italiens mit einem endgültigen in allen Einzelheiten  
festgestellten Programm an die Verhandlungen herantreten  
können. Nach der Ministerratsitzung werden die Namen  
der Delegierten und der Ort der Zusammenkunft bekannt-  
gegeben werden.

**Wettermäßiges Wetter am Freitag und Samstag.**  
Eroden und heiter, nachts ziemlich kalt, tagsüber etwas milder.

**Mutliche Kurse**

Mitteltell von der		Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B.	
5%, Kriegsanleihe	79 1/2	Allgem. Gl. Akt.	621
4%, Württemberg	87	Vodertlohn	187
4%, Bad. Eisenb. Anl.	82	Flord. Flord.	184
3 1/2%, do. cons.	87	Eding.	595
2%, Bayern	81	Bad. Anl. u. Soda-Anl.	610
		Deutsche Rail-Anl.	480
		Droße Schwel 100 Franks	= 4 1125
		Holland 100 Gulden	= 4 2190

**Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B.**  
Eriedigung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte.  
Kostenlose Auskünfte über finanzielle Angelegenheiten

**Ämliche Bekanntmachungen.**

**Letzter Aufruf**

**an die Bevölkerung Württembergs!**

Die Frist für die freiwillige Waffenablieferung  
geht mit dem 1. November ds. Js. zu Ende.

Vor Errebnis, so bedauernd es auch in vielen Bezirken  
des Landes ist, läßt erkennen, daß in einer Reihe anderer  
Bezirke die richtige Auffassung von der Bedeutung des Ent-  
waffnungsgesetzes für das öffentliche Wohl noch immer nicht  
durchgedrungen ist und daß sich viele unserer Volksgenossen  
den ganzen

**Ernst der schweren Strafbrohungen**  
jenes Gesetzes auch heute noch nicht genügend vor Augen  
halten.

Es sei deshalb eindringlich nochmals darauf hinge-  
wiesen, daß mit

**Gefängnis nicht unter 3 Monaten**  
in schweren Fällen mit  
**Zuchthaus bis zu 10 Jahren**  
und

**Geldstrafe bis 300 000 Mark**  
bestraft wird, wer

1. nach Ablauf der festgesetzten Frist ablieferungspflichtige  
Militärwaffen einschließlich Munition unbelugt in Be-  
sitznahme hat oder der ihm obliegenden Weidpflicht nicht  
nachgekommen ist,
2. den vom Reichs- oder Landeskommissar erlassenen An-  
ordnungen zumiderhandelt,
3. bei Kenntnis von ablieferungspflichtigen Waffen und  
Munitionsbeständen der ihm dieses Falles obliegenden  
Anzeigespflicht nicht nachkommt,
4. weiterhin ohne Genehmigung des Reichskommissars Mi-  
litärwaffen usw. herstellt, anbietet, leiht, veräußert, er-  
wirbt oder ihre Veräußerung u. ihren Erwerb vermittelt,
5. öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung  
oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Schaustellung  
von Schriften oder andere Vorstellungen zum Ungehorsam  
gegen das Entwaffnungsgesetz oder die dazu erlassenen  
Anordnungen auffordert.

Bedenke ein jeder, welcher leichtfertig glaubt, abliefe-  
rungspflichtige Waffen und Munition der Erfassung ent-  
ziehen zu können, daß er

**in keinem Augenblick davor sicher ist,**  
daß er durch die Aussage

**eidensstattlicher Erklärung,**  
oder aus Anlaß von Durchsuchungen durch Anzeige Drit-  
ter oder durch irgend einen Zufall den Behörden als

**Gesetzesübertreter bekannt werden und sich und seine  
Familie für das ganze Leben unglücklich machen kann.**

**Darum heraus mit den Waffen! — Elle tut not!**

Stuttgart, 25. Okt. 1920.  
Der Landesentwaffnungskommissar:  
(924) Feuerer.

1539  
Nagold, den 27. Okt. 1920. Oberamt: Müng.

Bei der Bezirksverwaltungsstelle sind wiederholt Besuche  
um Freigabe von Gewehr zur Verfüterung an leuchtentranke  
Stuboch eingegangen. Auf diesbezüglichen Antrag an die  
Landesentwaffnungsstelle hat die Bezirksverwaltungsstelle den Be-

scheid erhalten, daß es infolge der Weidknappheit auch in  
diesem Jahre nicht möglich ist, Gewehr zur Verfüterung  
freizugeben. Dagegen kann denjenigen Landwirten, welche  
leuchtentranke Vieh haben, seitens der Bezirksverwaltungs-  
stelle ein kleineres Quantum Haber auf besonderen Antrag  
mittels Schrotkarte zum Schrotten freigegeben werden. 1535

Nagold, den 26. Okt. 1920. Oberamt: Müng.

Nachdem sich der Mühlebesitzer Christian Bächstein  
in Heisbrunn, gegen die Vorschriften der Reichsgewehr-  
ordnung und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen  
und Anordnungen des Kommunalverbands verkehrt hat,  
ist dessen Mühlebetrieb mit sofortiger Wirkung bis auf  
Weiteres geschlossen worden.

Derjenige Selbstbesitzer, welche im Besitz eines für  
die Mühle Bächstein angekauften Mahlschneis sind, haben  
solchen sofort, zwecks Umwidmung auf eine andere Mühle,  
an den Kommunalverband zurückzugeben.

Getreide, welches entgegen dieser Verfügung in die Mühle  
des Chr. Bächstein aneilefert wird, wird beschlagnahmt  
und zu Gunsten der Reichsgewehrbehörde ohne Zahlung einer  
Entschädigung für verfallen erklärt. 1534

Nagold, den 27. Okt. 1920. Oberamt: Müng.

**Verf. Vollmilchabgabe.**  
Laut Gesetz der Landesverwaltungsstelle vom 9. Sept.  
Nr. 9818, darf in Zukunft nur dann noch Milch an Er-  
wachsene abgegeben werden, wenn die Versorgung der Kin-  
der bis 14 Jahren sowie der Kranken und Verwunden über  
70 Jahren sichergestellt ist.

Soweit es die Milchlieferung zuläßt, wird bis auf  
weiteres abgedeckt:

**An Erwachsene,** statt früher 1/2 Liter jetzt 1/3 Liter  
**an Kranke,** mit ärztlichem Zeugnis  
statt früher 1/2 Liter jetzt 1/3 Liter

**an Personen über 70 Jahre**  
statt früher 1/2 Liter jetzt 1/3 Liter.

Dagegen erlauben die übrigen Sätze vorläufig keine  
Anderung. 1518

Nagold, den 28. Okt. 1920. Oberamt: Müng.

**Bein-, Haut- u. Bruchleiden**  
wollen oder Operationen be-  
halten in Schutz es An-  
bei u. bewahrt zu heiligen  
handlungs-, wagen, Kassen-  
bewahrung.  
Wildberg O.A. Nagold,  
A. Kauer, L. Eppig, Trause S.  
Spezialist: 2-12 und 2-13 Uhr, Sonntag  
9-12 Uhr, Mittwoch und Samstag keine  
- Prospekt gratis. - 1541 1536

**Billiger Einkauf!**  
3 Dug. Chbesteck, rein Alu-  
minium, garant. reelle, fabri-  
kneue Ware, zul. nur 4 55.-  
(1 1/2 Dug. 4 30.-, 77 m  
Dr. Geiser, Walle en gros  
Lorch 39 (Witba.)

**„Nissin“**  
gegen Kopfläuse  
Nichts anderes nehmen!  
Zu haben in den Apotheken.  
Bilzkarten freigt 6. W. Zaiser

Ein bereits noch neues  
**Fahr-  
Rad**  
(Renmaschine)  
hat zu verkaufen. 1530  
Wer? sagt die Weltkult.  
ds. Bl.

**Lehrverträge**  
bei G. W. Zaiser, Nagold.

**Musik-Berein Nagold.**  
Vieder m. Klavierbegleitg.  
Schubert, Schumann, Brahms,  
Fr. Alice Nid. Eintritt für  
Mitglieder 1 M. für Nicht-  
mitglieder 2 M. Im Ein-  
vernehmen m. d. B. u. F. d.  
B. 1540

1542 Nagold.  
Suche zum sofortigen Ein-  
tritt ein ehrliches, williges

**Mädchen**  
für Küche und Haushaltung.  
Frau Friedrich Schmid.

**Reiche Auswahl**  
**gerahmten Bildern**  
**und Kunstblättern**  
bei  
**G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.**

**Offeringe n.**  
Verkaufe eine schöne, fehlerfreie  
**Rug- u. Schaffkuh**  
oder eine hochwürdige  
**Ralbin.**  
Georg Dürr.

**Amtlicher Taschensfahrplan**  
Winterdienst 1920/21. Gültig vom 24. Okt. an.  
Borrdiät bei  
**G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.**

**New-York Herald Zigaretten** von **20** bis **50** Pfg. per Stück  
**New-York Herald Company m. b. H., Zigarettenfabrik, Stuttgart.**